

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Band: 74 (2003)
Heft: 4

Rubrik: Argusmeldungen : aus den Kantonen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ARGUSMELDUNGEN

Aus den Kantonen

Appenzell Innerrhoden

Heimplatzierung von Jugendlichen

Die Ständekommission hat die Kompetenzen und die Finanzierung geregelt für Fälle, bei denen Jugendliche in Heimen oder anderswo fremdplatziert werden müssen.

Die Ständekommission von Appenzell Innerrhoden hat sich intensiv mit dem Bericht des Gesundheits- und Sozialdepartements über die Regelung von Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen beschäftigt, die im Falle der Platzierung von Jugendlichen in Heimen und bei Anordnung von kinder- und jugendpsychiatrischen Abklärungen in Problemsituationen zu gelten haben.

Aufgrund der vorliegenden Fakten hat die Regierung die vom kantonalen Sozialdepartement beantragten Vorgehensweisen genehmigt. In den obgenannten Fällen müssen jeweils auch zwingend Kostengutsprachen eingeholt werden. Für die anfallenden Aufgaben sind sowohl vom Erziehungsdepartement wie vom Gesundheits- und Sozialdepartement zuständige Personen und Ämter zu bezeichnen.

Appenzeller Zeitung

Bern

Mehr Plätze für Demenz- und Alzheimer- kranke

Der Grosse Rat will von der Regierung rasche Klarheit, was die Sicherstellung von Pflegeplätzen für Alzheimer- und Demenzkranke anbetrifft. Einen Vorstoss hat er ohne Gegenstimme angenommen.

Die Regierung wird damit beauftragt, im Zusammenhang mit der Psychiatrieplanung Lösungskonzepte zur Sicherstellung von Langzeitpflegeplätzen für Alzheimer- und Demenzkranke vorzuschlagen. Für diese Gruppen fehlen – laut einhelliger Beurteilung der Vorstösserin, des Parlaments und der Regierung – zunehmend Bettenkapazitäten. Das Problem sei in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) erkannt und werde seit einiger Zeit auf verschiedenen Wegen angegangen, erklärte die Regierung. Unter anderem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Massnahmen zur Verbesserung der Betreuung von Demenzkranken im stationären und ambulanten Bereich erarbeitet. Gleichzeitig sucht sie nach Möglichkeiten, um die Alters- und Pflegeheime vermehrt zu befähigen, Demenzkranke aufzunehmen.

Berner Zeitung

Spitex-Konferenz

Zu hilfsbedürftig für daheim und zu gesund fürs Spital: So geht es vielen älteren Menschen. Oft reicht man sie von einer Stelle zur nächsten. Nun wollen Berner Pflege- und Betreuungsinstitutionen handeln.

Für viele Betagte und ihre Angehörigen ergibt sich, zum Beispiel nach einem Schenkelhalsbruch, ein langer und mühsamer Weg von einer Institution zur andern mit immer wieder neuen Notlösungen. «Es ist doch unwürdig für alte Menschen, wenn sie von einer Stelle zur andern geschoben werden», betonte die Berner Gemeinderätin Ursula Begert, Vorsteherin der Direktion für soziale Sicherheit, an der Berner Spitex-Konferenz. Dasselbe Unbehagen herrscht auch in Heimen, Spitälern, bei Ärzten, Spitex-Organisationen und Beratungsstellen. Erstmals haben sich Ende Februar mehr als 80 Fachleute aus dem Pflege- und Betreuungsreich an einer zweitägigen Konferenz zusammengefunden und beraten, was gegen den derzeit herrschenden und stetig zunehmenden Notstand zu tun sei.

Die Lösung für dieses Problem wäre eine einzige zentrale Ansprechstelle für alle Fragen rund um Pflege und Betreuung, eine Art «Call-Center», das sämtliche Anliegen an die richtige Stelle weiterleiten könnte. Die Verwirklichung einer solchen unabhängigen Koordinationsstelle ist denn auch eines der vordringlichsten Projekte, das die Konferenzteilnehmenden verwirklichen wollen. Ein weiteres Projekt ist der bisher schwierige und oft für alle Beteiligten nervenaufreibende Übertritt von Spitälern in Heime oder nach Hause. An der Konferenz wurden die ersten Kontakte für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich geknüpft.

Berner Zeitung

Schulheime bleiben kantonal

Der Grosse Rat will drei staatliche Schulheime nicht kantonalisieren. Dabei handelt es sich um die zwei staatlichen Schulheime Schloss Erlach und Landorf Köniz (mit dem Schlössli Kehrsatz) sowie die Sprachheilschule Münchenbuchsee. Die drei Institutionen sollen gemäss Grosse Rat nicht in private Institutionen überführt werden. Die Regierung hat sich in ihrer Antwort an einen Motionär und 33 Mitunterzeichner klar gegen das Vorhaben ausgesprochen. Das Hauptanliegen, die unternehmerische Führung der Institutionen werde mit der neuen Verwal-

tungsführung (NEF) auch ohne Privatisierung erreicht. Für den Kanton bringe dies keine finanziellen Vorteile, und für die betroffenen Kinder und Jugendlichen seien sogar Nachteile zu befürchten.

Der Bund

Berner Jura

Zentralapotheke Moutier

Der Regierungsrat soll sieben Alter- und Pflegeheime auffordern, der interjurassischen Zentralapotheke in Moutier beizutreten. Der Grosse Rat hat ein entsprechendes Postulat gutgeheissen. Die Heime seien der seit September 2002 bestehenden Einrichtung bisher nicht beigetreten, obwohl sie damit dank Mengenrabatt von 35 bis 40 Prozent günstigeren Medikamenten profitieren könnten.

Bieler Tagblatt

Luzern

Heimfinanzierung/Heimvereinbarung

Das Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern teilt mit, dass der Grosse Rat unter der Rubrik Heimfinanzierung den vom Regierungsrat beantragten Kredit für das Jahr 2003 von Fr. 43 780 614.– bewilligt habe. Dies entspricht einer Zunahme von 20,51% gegenüber dem Budget 2002. Gemäss Mitteilung ist die starke Zunahme darin begründet, dass verschiedene Institutionen neu aufgenommen und 50 Plätze ausgebaut wurden, um dem steigenden Bedarf an Platzierungsmöglichkeiten gerecht zu werden. Zudem fallen ab 2003 gemäss neuer Regelung über den Finanzausgleich auch die Sucheintrichtungen im Kanton Luzern unter das Heimfinanzierungsgesetz.

Wochen-Zeitung, Vitznau

Schaffhausen

Der Regierungsrat will sparen

Im Kanton Schaffhausen hat die Regierung ein Sparprogramm präsentiert. Mit diesem soll der Staatshaushalt in den nächsten beiden Jahren verbessert werden. So sollen zum Beispiel ab 2004 die Bau- und Betriebsbeiträge an die Altersheime der Gemeinden um insgesamt 1,2 Millionen Franken reduziert werden, was als zumutbar erachtet wird. Der Kanton Schaffhausen weise einen relativ hohen Bestand an Heimplätzen auf und die finanzielle Lage der meisten Senioren und Seniorinnen sei so, dass ihnen zuzumuten sei, mehr an die Heimkosten beizutragen.

Schaffhauser Nachrichten